

Thünen-Institut

für Regionalentwicklung e.V.
www.thuenen-institut.de

*Ulrich Busch
Rainer Land
Hans Thie
Andreas Willisch*

Probleme und Perspektiven Ostdeutschlands

Studie im Auftrag von BabelConsult

INHALT

1. Ostdeutschland im Umbruch, Deutschland im Modellwechsel 2
2. Ostdeutschland – eine Transfergesellschaft 9
3. Das „Weiter-so-Szenario“ – Perspektiven der ostdeutschen Entwicklung, wenn es zu keinem Trendbruch kommt 12

1. Ostdeutschland im Umbruch, Deutschland im Modellwechsel

1. Institutionentransfer

Anders als in allen anderen mittel- und osteuropäischen Staaten begann die Transformation der DDR mit einem Institutionentransfer. Das bedeutete im Einzelnen: Übernahme der vorgefundenen westdeutschen Verfassungs- und Rechtsordnung *und* der Institutionen zu ihrer Umsetzung, der Verwaltungen und Gerichte, der politischen und der wirtschaftsregulierenden Einrichtungen, Ausdehnung der wichtigsten Parteien und Verbände nach Ostdeutschland, Übernahme des bundesdeutschen Tarif- und Lohnfindungssystems, Ausdehnung des Renten-Arbeitslosen- und Krankenversicherungssystems und nicht zuletzt Übernahme eines großen Teil der ehemals staatseigenen Betriebe durch westdeutsche Unternehmen.¹

Zugleich wurde und wird die Entwicklung in Ostdeutschland in hohem Maße durch finanzielle Transfers des Staates, der EU und der sozialen Sicherungssysteme sowie durch private Investitionen externer Akteure (westdeutscher und ausländischer Unternehmen, Banken) gestützt und in gewissem Maße auch gesteuert.

Der Institutionentransfer und der transfergestützte „Aufbau Ost“ sind der eigentliche Ausgangspunkt für das „Hineinwachsen“ Ostdeutschlands in das westdeutsche Wirtschafts- und Sozialmodell. Schon für die 90er Jahre kann nicht mehr von zwei *getrennten* Wirtschafts- und Sozialsystemen gesprochen werden. Ostdeutschland ist mit der Übernahme der Rechtsordnung und der Institutionen, mit der Privatisierung der ehemals volkseigenen Betriebe und mit dem „Aufbau Ost“ Teil des westdeutschen Wirtschafts- und Sozialmodells geworden.

Die sozioökonomische Praxis und die sozialökonomischen Entwicklungen in Ostdeutschland hätten – eigentlich – dieselben oder doch sehr ähnliche werden sollen wie die im Westen. Schließlich hatte man bis auf wenige und temporäre Ausnahmen dasselbe Institutionensystem. Aber partiell sind andere Praxen entstanden, und vor allem fallen die Entwicklungstrends in West- und Ostdeutschland nach wie vor deutlich auseinander. Die Institutionen allein bestimmen offenkundig nicht die gesamte Funktionsweise und die Entwicklung eines Wirtschafts- und Sozialsystems. Außerdem befindet sich das deutsche Wirtschafts- und Sozialmodell selbst in einem Umbruch. Entsprechend überlagern sich beide Prozesse.

2. Doppelter Umbruch

Es gibt kaum noch Meinungsverschiedenheiten darüber, dass die Entwicklung in Ostdeutschland aus der Perspektive des Jahres 2006 nicht als Erfolgsmodell gelten kann. Nach einem Vereinigungsschock, dessen Gegenstück ein Vereinigungsboom in Westdeutschland war, begann eine Phase der Deindustrialisierung und der Massenarbeitslosigkeit in der Größenordnung von 20 bis 30 Prozent. Mit der einsetzenden Wirtschafts- und Investitionsförderung, der Privatisierung, Reorganisation und dem Neuaufbau der Unternehmen sowie einem gewaltigen

¹ Dazu existiert eine vielfältige Literatur. Einen Überblick gibt Kollmorgen (2005)

Programm der Modernisierung und des Aufbaus der Infrastruktur, das einen Boom der Bauwirtschaft auslöste, gelang es für wenige Jahre, ein Aufholen in Gang zu setzen.

Etwa 1996 erreichte das Bruttoinlandprodukt (BIP) wieder das Niveau von 1989, allerdings mit einer veränderten Struktur und erheblich höherer Produktivität. Seitdem stagniert die Aufholentwicklung, der Abstand zu Westdeutschland bei der Produktivität und dem BIP pro Kopf beziehungsweise pro Erwerbstätigen wird nicht oder kaum noch geringer. Ostdeutschland hat eine Produktionslücke (Differenz zwischen Produktion und Verbrauch) von circa 30 Prozent und einen Produktivitätsrückstand in gleicher Größenordnung.

Die Einkommen stagnieren real bei unter 70 Prozent des westdeutschen Niveaus. Die Arbeitslosigkeit ist weiter gewachsen. Man kann davon ausgehen, dass mehr als ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung keine existenzsichernde Erwerbsarbeit hat, also ganz oder teilweise von Sozialtransfers lebt und kaum in der Lage ist, eigene Ressourcen in die Überwindung sozialer Probleme und die Bewältigung von Unsicherheiten zu investieren. Das zentrale Problem aber ist, dass ein dynamischer Durchbruch, eine Perspektive zur Überwindung dieser Probleme nicht in Sicht ist.

Wäre die Integration Ostdeutschlands in das westdeutsche Wirtschafts- und Sozialsystem in den Hochzeiten der fordistischen Entwicklung erfolgt, also in Zeiten mit schnell expandierenden Märkten, hohen Wachstumsraten, steigenden Löhnen und einer wachsenden Nachfrage nach Arbeit, sähe das Entwicklungsszenario in Ostdeutschland vermutlich ganz anders aus. Man hätte andere Probleme, aber keine allgemeine Wachstumsschwäche, keine so hohe und vor allem anhaltende Arbeitslosigkeit.

Wenn also die Ursachen der Entwicklungsprobleme in Ostdeutschland analysiert und diskutiert werden, muss der Umbruch des westdeutschen Wirtschafts- und Sozialsystems, in den hinein die Vereinigung erfolgte, eine zentrale Rolle spielen. Man kann politische Fehler und falsche Weichenstellungen bei der Wirtschafts- und Währungsunion, bei der Privatisierung, der Strategie der Treuhand, bei der Regelung der Eigentumsfragen² und andere Gründe anführen, aber auch diese „Fehler“ sind im Kontext der Umbruchthese zu beurteilen.

Gerade die anfangs weit verbreitete Erwartung, die deutsche Vereinigung könne nach dem Modell des „Wirtschaftswunders“ der 60er Jahre – also der *Zeit vor dem Umbruch* – konzipiert und durchgezogen werden, verdeutlicht dies. Die Integration Ostdeutschlands erfolgte aber in ein selbst im Umbruch befindliches, nicht kohärent funktionierendes, von gegensätzlichen Entwicklungen und hohen Unsicherheiten geprägtes Wirtschafts- und Sozialmodell, das seit 1975 eine ausgeprägte Wachstumsschwäche³ und eine hohe Sockelarbeitslosigkeit aufweist.

Eine erfolgreiche Integration Ostdeutschlands kann daher nur in dem Maße vorankommen, in dem der nun gesamtdeutsche Umbruch selbst bewältigt wird. Die Entwicklung in Ostdeutschland muss daher nicht als „Nachbau“, sondern als Suche nach sozioökonomischen Innovationen beobachtet und analysiert werden. Der Osten ist in der Tat ein Experimentierfeld für sozioökonomische Entwicklung.⁴

² Die gesamte Literatur zu diesen Themen kann hier nicht angeführt werden, einen aktuellen Überblick vermittelt: Bahrman/Links (2005)

³ IWH, Lage der Weltwirtschaft (2005: 53)

⁴ Beck, Bisevic, Buss, Scherrer, Wittke (2006: 18)

3. Rückwirkung des Ostens auf den Westen

Die Entwicklung im Osten hängt in hohem Maße vom weiteren Verlauf des Umbruchs des (westdeutschen) Wirtschafts- und Sozialmodells ab, aber dies gilt auch in umgekehrter Richtung. Die Entwicklung in Ostdeutschland beeinflusst den Verlauf des Umbruchs im Westen, was bislang hinsichtlich der Finanztransfers, aber kaum für andere Bereiche analysiert wurde.

Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass auch die Funktionsweise der Tarifsysteme, die Entwicklung der Löhne und Gehälter sowie bestimmte betriebliche Rationalisierungs- und Innovationsstrategien westdeutscher Unternehmen, Banken und Versicherungen von den Entwicklungen in Ostdeutschland beeinflusst wurden und werden. Gleiches kann man im Prinzip auch für politische Strategien („Die Wahlen werden im Osten entschieden!“) und kulturelle Entwicklungen vermuten.

Es gibt aber noch weitergehende Rückwirkungen, die auch den Wandel des Institutionensystems betreffen. Ein wichtiges Beispiel ist der sogenannte „*sekundäre Integrationsmodus*“, der in Ostdeutschland in der ersten Hälfte der 90er Jahre entstand. Die Bearbeitung des Transformationsschocks, der Deindustrialisierung und der sich anschließenden allgemeinen Krise der Erwerbsarbeit mit den Mitteln einer ursprünglich aus dem Fordismus stammenden *aktiven Arbeitsmarktpolitik* war zunächst eine temporäre Reaktion auf die plötzliche massenhafte Freisetzung von Arbeitskräften.

Nach der Übertragung der Institutionen der Arbeitsmarktpolitik aus Westdeutschland nach Ostdeutschland vollzog sich aber ein Funktionswandel: aus einer Arbeitsmarktpolitik, die temporäre Probleme des Arbeitsmarkts – konjunkturelle Schwankungen und durch Strukturwandel bedingte mittelfristige Veränderungen der Qualifikationsstruktur – bearbeiten und bewältigen sollte, entstanden Instrumente zur Bearbeitung einer *Dauerkrise* der Erwerbsarbeit ohne realistische Orientierung an dem ursprünglichen Zweck der Herstellung annähernder Vollbeschäftigung.

Mit der andauernden hohen Arbeitslosigkeit nach 1995 entstand ein institutionell verfestigter Modus der *Exklusion der überflüssigen Erwerbsbevölkerung durch sekundäre Integration*. Sie führt zu Erwerbssituationen und Erwerbsverläufen, die durch den anhaltenden Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit, Maßnahmen (Bewerbungstraining, Umschulung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen, Arbeitsgelegenheiten, Projektarbeit), befristeten prekären Beschäftigungen sowie durch eine „Dauerbearbeitung“ (Betreuung und Kontrolle) der Erwerbslosen durch Institutionen des Sozialstaates (BA, Kommunen, Argen, Sozialämter, Jugendämter, vielfältige Maßnahmeträger und Beratungsstellen) beschrieben werden können.⁵

Diese Entwicklungslinie hat sich nicht nur nicht wieder „aufgelöst“, sondern weiter ausdifferenziert und verfestigt. Über ein Drittel der ostdeutschen Erwerbstätigen befinden sich in derartigen Erwerbssituationen, und zwar in allen ostdeutschen Bundesländern. Inzwischen lässt sich dieser Modus aber auch in Westdeutschland nachweisen.⁶ Schon Ende der 90er Jahre zeigten sich in Westdeutschland vergleichbare Tendenzen, zunächst in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit (Bremen, Ruhrgebiet).

⁵ Alda, Land, Haus, Willisch (2004)

⁶ Alda (2005), unveröffentlicht

So wurde eine in Ostdeutschland durch ein ungeplantes Experiment entstandene Praxis auf den Westen übertragen und schließlich – vor allem mit den Arbeitsmarktreflexen der Agenda 2010 – verallgemeinert. Auch wenn diese Entwicklungen im Einzelnen noch nicht genau untersucht sind und die Kontroverse um die wissenschaftliche Deutung dieses neuen „Exklusionsmodus“ gerade erst angefangen hat – aus unserer Sicht handelt es sich um die erste weitreichende Übertragung einer in Ostdeutschland entstandenen institutionellen Veränderung nach Westdeutschland.⁷ Dieses Beispiel soll zunächst nur zeigen, dass der Verlauf des Umbruchs des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells seit 1990 auch als Wechselwirkung ost- und westdeutscher Entwicklungen verstanden werden muss.

4. Gesellschaftlich und regional verfestigte Ungleichheiten

Wir haben es zwar mit *einem* Wirtschafts- und Sozialsystem zu tun, aber eben nicht mit einem *einheitlichen*. Die Differenzen finden sich aber nicht nur zwischen Ostdeutschland auf der einen und Westdeutschland auf der anderen Seite. Das Umbruchsszenario ist weitaus komplizierter. Innerhalb eines weitgehend gleichen Systems von Institutionen und einheitlicher gesamtdeutscher Binnenmärkte (für handelbare Güter und Kapital, eingeschränkt für die Arbeitsmärkte⁸, kaum für nur lokal handelbare Güter und Dienstleistungen) vollziehen sich regional und lokal gegenläufige Entwicklungen. Dicht nebeneinander finden sich einige wachsende und viele schrumpfende Städte, Dörfer und Regionen.

Eine vergleichende Untersuchung⁹ von Städten zeigt jede Kombination von Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung: schrumpfende Städte mit rückläufiger Wirtschaftsentwicklung und wachsende Städte mit Wirtschaftswachstum, aber eben auch schrumpfende Städte mit wirtschaftlichem Wachstum und wachsende Städte mit Rückgang der wirtschaftlichen Leistungskraft. Man kann einzelne Belege finden, die dafür sprechen, dass die Aufwärts- und Abwärtsbewegungen, die Inklusionen und Exklusionen nicht einfach zufällig nebeneinander bestehen, sondern sich wechselseitig bedingen. Belastbare Forschungsergebnisse dazu gibt es aber kaum.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Umbruchsszenario verläuft anders als in den Hochzeiten des Fordismus nicht als Positivsummenspiel (mit einzelnen Verlierern und deutlich mehr Gewinnern), sondern tendenziell eher als Null- oder Negativsummenspiel: der Aufstieg Weniger ist mit der Stagnation oder dem Abstieg Vieler verbunden, während die „Summe“ gleich bleibt oder sogar sinkt.

Auch der „sozialstrukturelle Fahrstuhleffekt“ des Fordismus – „soziale Ungleichheiten und Abstände bleiben, aber (fast) alle fahren nach oben“ – wirkt nicht mehr. Inzwischen fahren wenige nach oben, viele treten auf der Stelle oder fahren langsam, einige auch schnell nach unten. Die Entwicklung einer Lebensperspektive, eines an der Zukunft orientierten Lebensentwurfs wird unmöglich oder endet in paradoxen Lebenskonstruktionen (Willisch 2004).

⁷ 1990-1992: Import der westdeutschen Arbeitsmarktpolitik nach Ostdeutschland; 1992-1995: Ausweitung der Instrumente zur Bearbeitung plötzlich entstandener hoher Massenarbeitslosigkeit; 1995-2001: Funktionswandel der Instrumente zur Bearbeitung *anhaltender* Arbeitslosigkeit durch „Simulation von Erwerbsarbeit“, zugleich erste Reexporte der gewandelten Institutionen von Ost nach Westdeutschland; 2002-2005: Reorganisation des sekundären Integrationsmodus durch institutionelle Verbindung mit der Sozialhilfe und dem Fürsorgeprinzip, die faktische Einführung des Kombilohns (Zuverdienstprinzip etc.) und gesamtdeutsche Regelung (Hartz-Gesetze).

⁸ Vgl. Brüssig (2005); Alda, Haus, Land, Willisch (2004)

⁹ Franz (2004)

Die wachsenden Differenzen und die Entkopplung der Entwicklung der Betriebe, Orte und Regionen voneinander wollen wir mit dem Stichwort „fragmentierte“ Entwicklung zum Ausdruck bringen. Je kleiner man die Bezugseinheit wählt – vom Bundesland zum Landkreis, zur Gemeinde, zur einzelnen Stadt, dem einzelnen Dorf, Stadtteil, Quartier – je kleinteiliger scheinen diese Fragmentierungen zu sein.

Trotzdem würden wir der These widersprechen¹⁰, dass die lokalen und regionalen Differenzen das eigentliche Problem sind, während die Differenz zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland eine abnehmende Rolle spielt. Die makroökonomische Situation in Ostdeutschland ist *insgesamt* eine andere als in Westdeutschland, die daraus folgenden Ströme der Finanztransfers und der Güter und Dienstleistungen sind nicht kleinteilig, sondern verlaufen zwischen den Großregionen insgesamt. Die kleinteilige Fragmentierung der Entwicklung ist selbst als Merkmal einer die Regionen, Städte und Dörfer übergreifenden Grundkonstellation zu betrachten. Es spricht viel dafür, dass die Fragmentierungen im Osten deutlich gravierender sind und wegen der anderen makroökonomischen Situation und der starken Abwanderung auch *anders verlaufen* als in Westdeutschland.

Punktuell erfolgreiche Entwicklungen im Osten kann man nicht mit großflächig aufsteigenden Regionen im Westen gleich setzen. Eine vernünftige Modellbildung des Umbruchs muss daher auf allen drei Ebenen spezifische Aussagen versuchen: Was ändert sich an den allgemeinen, gesamtdeutschen Konstellationen? In welcher Hinsicht sind in West- und Ostdeutschland insgesamt besondere sozioökonomische Prozesse zu unterscheiden? Und welche kleinteiligen regionalen und lokalen Differenzierungen sind zu beobachten?

5. Das historische Erbe als Ressource und Blockade

Bei der Klärung von Besonderheiten der ostdeutschen Entwicklung spielt die Frage nach der „Herkunft“ dieser Differenzen eine wichtige Rolle Welche haben ihre Wurzeln im staatssozialistischen Fordismus des RGW und der DDR? Welche haben noch weiter zurückreichende Wurzeln? Welche sind erst in der Transformations- und Umbruchssituation nach 1990 entstanden?¹¹ Damit verbunden ist die Frage, in welcher Weise solche Besonderheiten als *Ressourcen* oder als *Hindernisse* der Entwicklung wirken und welche davon für den Umbruch des Wirtschafts- und Sozialmodells eine Rolle spielen.

Die Entwicklung der Landwirtschaft beispielsweise ist in hohem Maße durch die Vorgeschiede in der DDR mitbestimmt, genauer gesagt, durch die Art und Weise, in der diese Strukturen und Ressourcen mit den in Westeuropa vorhandenen Strukturen kombiniert werden konnten. Die Analyse dieses Vorgangs¹² zeigt paradigmatisch, wie aus Mitgegebenheiten sozioökonomische „Innovationen“, neue Entwicklungslinien entstehen können.

Das Erfolgsmodell „ostdeutsche Landwirtschaft“ ist weder *allein* durch die Mitgegebenheiten der DDR-Landwirtschaft noch *allein* durch die westdeutschen Rahmenbedingungen oder die Förderpolitik der EU zu erklären, sehr wohl aber, wenn man alle drei zusammen betrachtet und in bestimmten *Passungen* den Schlüssel dieser Erfolgsgeschichte entdeckt. Der *neuen*

¹⁰ Hilpert (2005)

¹¹ So Wolfgang Engler (1999), der erklärt, wie aus den DDR-Bürgern der Typus der „Ostdeutschen“ hervorging – als ein Produkt deutsch-deutscher Entwicklungen *nach* 1990.

¹² Land: Von der LPG zur Agrarfabrik. Land: die neue Landwirtschaft und die Dörfer.

ostdeutschen Landwirtschaft liegt eine sehr spezifische und selektive Rekombination der Ressourcen der auf großflächige Massenproduktion orientierten Landwirtschaftsbetriebe der DDR einerseits und der westeuropäischen (global orientierten und organisierten) Lebensmittelwirtschaft sowie der EU-Rahmen- und Förderinstitutionen zugrunde.

Diese Passfähigkeit war eine historische Fundsache, allerdings keine rein zufällige, denn die Orientierung der DDR-Landwirtschaft wie auch der westeuropäischen Lebensmittelwirtschaft am Modell der fordistischen Massenproduktion von Nahrungsmitteln und biologischen Rohstoffen haben eine gemeinsame, aufeinander bezogene Vorgeschichte.¹³ Nur fehlte der DDR aus nachvollziehbaren Gründen (Abkopplung vom Weltmarkt, beschränkte Innovationspotenziale) eine global aktionsfähige Massenproduktion in der Lebensmittelwirtschaft, während die westeuropäische Lebensmittelwirtschaft genau diese Art von Agrarproduktion gut gebrauchen konnte. Die Regeln und Rahmenbedingungen der EU haben diese Rekombination ermöglicht und in gewisser Weise sogar begünstigt. Ob eine spezifische Ressource Ausgangspunkt einer neuen Entwicklungslinie wird, hängt also von ihrer Passfähigkeit in einem bestimmten Kontext ab.

Dass Eigenheiten aus der DDR oder der Vorgeschichte im ostdeutschen Umbruch eine bedeutende Rolle spielen, kann nicht strittig sein, es ist eine triviale Tautologie. Es gibt immer unendlich viele „Mitgegebenheiten“ aus der Vorzeit. Jeder gesellschaftliche Prozess kann nur an Vorhandenem, an Mitgegebenem ansetzen. Die eigentlich interessante Frage ist vielmehr, ob und welche Mitgegebenheiten wann und wie aktiviert wurden und werden, also nicht bloß „mitgeschleppt“, langsam abgenutzt, in einem Seitenstübchen museal verwahrt oder in nostalgischen Events trickreich vermarktet werden.

Wann spielen sie in neuen Konstellationen eine Rolle und wirken auf den Verlauf des Umbruchs? Welche Rolle spielen sie in dem neuen Kontext? In welchen Fällen beruhen dynamische Entwicklungen auf Mitgegebenheiten, in welchen Fällen werden Besonderheiten zu Blockaden für Prozesse, die anderswo und unter anderen Bedingungen funktioniert hätten, hier aber „unerwartet nicht laufen“?

Werbefirmen und Medienwirtschaft haben das nach einem anfänglichen Fiasko früh verstanden und wissen, wie Zeitungen, Magazine und Fernsehprogramme oder auch Lebensmittel und Konsumgüter sein und aussehen müssen, damit sie „im Osten laufen“. Sie wissen auch, was nicht geht, und fahren differente Strategien für Ost- und Westdeutschland.

Die gesamte Förderpolitik seit 1990 ist ein Experimentieren über Kombinationsmöglichkeiten ursprünglich westdeutscher Institutionen und Förderprogramme mit ostdeutschen Mitgegebenheiten. Auch hier hat es einen impliziten Lernprozess gegeben. Internationales Benchmarking ohne Kontextanalyse ist Aberglaube – ein Blick auf die sehr unterschiedlichen Ergebnisse, die ähnliche wirtschafts- oder sozialpolitische Strategien in verschiedenen europäischen Ländern gebracht haben, genügt als Hinweis.

Was bei der Landwirtschaft offensichtlich ist, wird inzwischen auch bei den „Polykliniken“ und Kindergärten und langsam auch bei bestimmten Teilen des Bildungssystems erkannt.

¹³ Noch in den 50er Jahren wurde in manchen westdeutschen Publikationen euphorisch die Entwicklung zu einer *industriellen* Agrarproduktion (ohne „Gänsefüße“) prognostiziert. Erst als dieses Modell dann in der DDR verwirklicht werden sollte, gewann das Loblied des bäuerlichen Familienbetriebs wieder die Oberhand. Tatsächlich verbirgt sich hinter der übergroßen Mehrzahl der Bauernwirtschaften nur ein anderer Typ des industrialisierten Kleinbetriebs, der hoch spezialisiert und einseitig ausgerichtet kaum noch einem Bauernhof ähnelt.

Aber bei Industriebetrieben, Dienstleistungen und staatlichen Verwaltungen sind es wenige Experten, die diese Frage für überhaupt relevant halten. Jüngst zeigen Beck, Bisevic, Buss, Scherrer, Wittke (2006) in einer Reihe von Betriebsstudien, in welchem Maße erfolgreiche Entwicklungen bestimmter Industriebetriebe auf Ressourcen, Strategien, Erfahrungen und Lösungsansätzen beruhen, die in der DDR-Vorgeschichte wurzeln. Allerdings scheint hier auch die Frage angebracht, ob und wie diese Ressourcen erst durch Gelegenheiten und Zwänge des *heutigen* Strukturwandels „aktivierbar“ und rekombinierbar geworden sind.

Alle ostdeutschen Betriebe mussten das Problem des Marktzugangs lösen, also sich entweder in bestehende westdeutsche (westeuropäische, globale) Märkte und Netzwerke integrieren oder integrieren lassen (z.B. durch westdeutsche Investoren). In jedem Fall mussten sie sich dabei mit den Anforderungen des internationalen Strukturwandels auseinandersetzen und konnten Lösungsstrategien, Erfahrungen und Verfahrensweisen, die man aus der DDR kannte, nur dann und insofern aktivieren, als damit Antworten auf aktuelle Anforderungen des internationalen Strukturwandels möglich wurden.

Dabei kann es aber durchaus sein, dass die gesuchten Innovationen zur Bewältigung von Umbruchsproblemen gerade durch selektive Kombinationen neuer Elemente und historischer Mitgegebenheiten gefunden werden können. Als Hypothese kann man also formulieren: Die Aktivierung lokaler Ressourcen, historischer Mitgegebenheiten und endogener Potenziale gelingt gerade dann, wenn sie aus ihrem ursprünglichen Zusammenhang gelöst und im Umbruch experimentell mit dem Strukturwandel konfrontiert werden.

Für die weitere Untersuchung der komplexen Zusammenhänge zwischen dem Umbruch des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells und der Entwicklung in Ostdeutschland scheinen vor allem die folgenden vier Fragekomplexe besonders wichtig zu sein:

- Wie wirken dauerhafte Entwicklungsunterschiede und die sie (teilweise) kompensierenden Transfers in einem, aber in sich uneinheitlichen Wirtschafts- und Sozialsystem? Welche Folgen hat die Herausbildung einer binnenwirtschaftlichen Transferökonomie auf das Wirtschafts- und Sozialmodell?
- Wie erklären wir den Widerspruch zwischen den „Erfolgsgeschichten“ einzelner Betriebe und Wirtschaftsstandorte und der insgesamt eher stagnierenden Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft? Inwieweit spiegeln die Fragmentierungen wirtschaftlicher Entwicklung, die zu einer für Ostdeutschland spezifischen Struktur der Industrie und der gewerblichen Wirtschaft geführt haben, und die betrieblichen „Erfolgs- und Misserfolgsgeschichten“ in Ostdeutschland nicht nur transformationsbedingte Sonderprobleme, sondern zugleich auch grundlegende (und global relevante) Veränderungen der Muster wirtschaftlicher Entwicklung nach dem Fordismus? Wie wirken ostdeutsche Besonderheiten als Ressourcen oder Blockaden in einem Strukturwandel, der vor allem von internationalen Determinanten bestimmt wird?
- Inwieweit entsteht mit dem sekundären Integrationsmodus ein Übergangsstadium, das auf eine neue, nicht mehr fordistische Form der Erwerbsarbeitgesellschaft hinweisen könnte? Welche Konturen, Pfade und alternative Entwicklungsmöglichkeiten zeichnen sich ab?
- Welche Rolle spielt ein hoch differenziertes Nebeneinander von Schrumpfung und Wachstum für Suchprozesse nach neuen funktionsfähigen Entwicklungspfaden und welche Bedeutung haben diese Prozesse für den Umbruch des Wirtschafts- und Sozialsystems? Kann man von konträr aufeinander bezogenen West-Ost-Szenarien – viel

Schrumpfung und wenig Wachstum im Osten, (noch) wenig Schrumpfung aber mehr Wachstum im Westen – sprechen? Was folgt daraus für die Angleichung oder die Auseinanderentwicklung der „zwei Gesellschaften in einem Staat“?¹⁴

6. Gefragt sind neue Perspektiven für Ostdeutschland und für das ganze Land

Die Entwicklungsprobleme in Ostdeutschland können nur in dem Maße überwunden werden, in dem der Umbruch des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells in eine wieder konsistente Dynamik sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung mündet. Umgekehrt gilt aber auch: Der Umbruch des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells wird nur in dem Maße gelingen, in dem die Entwicklungsprobleme Ostdeutschlands überwunden werden.

Denkbar ist sowohl eine weiter zunehmende depressive Konstellation ohne Entwicklungsdynamik und mit weiterer Erosion moderner universeller Maßstäbe von Teilhabe. Denkbar aber ist auch, dass die im Umbruch entstehenden sozioökonomischen Innovationen und deren Rekombinationen auf einen neuen Pfad dynamischer Bewältigung des sozioökonomischen Strukturwandels führen.

Solange der Umbruch eher Nullwachstum und Stagnation bedeutet, drehen sich die Abwärts-spiralen weiter. Ohne den Übergang aus dem Umbruch in einen Durchbruch, ohne Dynamik frisst eine Gesellschaft sich selbst langsam auf. Ehemalige DDR- Bürger wissen das. Allerdings sind Wandel und Dynamik, Produktivitätssteigerung und Wachstum, mehr Beschäftigung und wachsende Einkommen allein noch nicht hinreichend für *Entwicklung*.

Es geht auch um die Richtung, in die der Umbruch führt oder führen könnte, um die Frage, was wachsen soll und was nicht, welche Strukturveränderungen denkbar und gewollt sind. Und es müsste geklärt werden, in welchem Maße diese Prozesse und ihre Richtung in einer globalen, komplexen, von Millionen gegensätzlichen Bewegungen getriebenen, unterschiedlichen Interessen, Motiven und Ressourcen geprägten Weltgesellschaft überhaupt gestaltbar sind und durch „politische Willensbildung“ beeinflusst werden können. Die Frage nach der Perspektive des Umbruchs ist die Frage nach dynamischen (schrittweisen, evolutionären) Lösungen für die zentralen gesellschaftlichen Fragen.

2. Ostdeutschland – eine Transfergesellschaft

Bewertet man die gegenwärtige Wirtschaftslage Ostdeutschlands und zieht dafür die Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes (Wirtschaftswachstum, Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht) sowie die demografische Entwicklung seit 1990 heran, so zeigt sich, dass sich Ostdeutschland seit Jahren in einem „totalen makroökonomischen Ungleichgewicht“ (Busch 2005a) befindet: Alle makroökonomischen Zielgrößen werden dauerhaft verfehlt, und die Bevölkerungszahl ist seit 1989 um circa 13 Prozent gesunken. Allein der Wanderungsverlust gegenüber Westdeutschland beträgt für die vergangenen 15 Jahre per saldo 1,6 Millionen.

¹⁴ Reißig (2000)

Besonders beängstigend ist, dass die neuen Länder, wenn man den Gesamtzeitraum seit 1990 betrachtet, selbst beim Wirtschaftswachstum hinter Westdeutschland zurückgeblieben sind. Von 1990 bis 2005 lag die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des realen BIP in den neuen Ländern bei 0,8 Prozent (Preisbasis 1995), während sie in den alten Ländern (ohne Berlin) doppelt so hoch lag, bei 1,6 Prozent.

Auch der neue (verkettete) Index bestätigt vom Prinzip her diese Relation: Für 2005 weist die Statistik für Ostdeutschland (einschließlich Berlin) gegenüber 2000 einen Index des Wirtschaftswachstums von 102,7 Prozent aus. Für Westdeutschland lautet der Wert 103,8 Prozent (VGR der Länder, Stand: 17.02.06). Noch größer ist die Differenz bei der Arbeitslosigkeit beziehungsweise Unterbeschäftigung und bei einer Reihe anderer ökonomischer Indikatoren.

Ein besonderer Stellenwert kommt dem regionalen Leistungsbilanzdefizit Ostdeutschlands und den West-Ost-Transfers zu, woraus sich die Charakteristik Ostdeutschlands als *Transferökonomie* und *Transfergesellschaft* ableitet (vgl. Busch 2002a). Die Transferleistungen resultieren aus der Einbettung des Transformationsprozesses in den Vereinigungsprozess, genauer aus der Art und Weise der Transformation Ostdeutschlands als Inkorporation der neuen Länder in die Bundesrepublik Deutschland und der damit verbundenen Dominanz der Wiedervereinigung gegenüber der endogenen Regionalentwicklung. Sie bilden seit 1990 das finanzielle Rückgrat der deutsch-deutschen Beziehungen, und zwar auf allen Ebenen, auf Bundesebene ebenso wie auf der Ebene der Länder und Kommunen. Darüber hinaus sind sie tragend für die wirtschaftliche und die soziale Entwicklung der neuen Länder.

Während die Transferleistungen mit circa vier Prozent der Wirtschaftsleistung für Westdeutschland zwar eine enorme fiskalische, letztlich aber relativ geringe wirtschaftliche Belastung darstellen, ist ihre Bedeutung für Ostdeutschland ungleich höher zu bemessen: Rund 16 Prozent der Wertschöpfung sind hier transfargestützt. Dies entspricht einem Anteil am BIP von 13,5 Prozent und einem Arbeitsvolumen von 850.000 Arbeitsplätzen (Lehmann et al. 2005: 21). Der Anteil der Transfers an der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage beziehungsweise inländischen Verwendung Ostdeutschlands liegt zwischen 50 Prozent Anfang der neunziger Jahre und aktuell 27 Prozent (IWH 6/2005: 184).

Die Bedeutung der Transferzahlungen geht jedoch weit über die Ökonomie hinaus. Es gibt kaum einen Bereich des gesellschaftlichen Lebens, von der Wirtschaft bis zur Kultur, von den Investitionen bis zu den Ausgaben der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, der Bildung, der Wissenschaft und des Umweltschutzes, der nicht zumindest zu einem Teil transferfinanziert ist. Die Transferzahlungen sichern in Ostdeutschland ein Lebensniveau oberhalb der wirtschaftlichen Leistungskraft. Durch die damit erfolgende Alimentierung begründen sie aber auch den abhängigen Status der neuen Länder und ihrer Bewohner, deren politische Schwäche und Deklassierung zu „Bürgern zweiter Klasse“.

Wesentlich für die Würdigung der Transferproblematik sind *Umfang* und *Struktur* der Transfers, die dem Transfermechanismus inhärente *ökonomische Logik* (das seit 1919 diskutierte sogenannte „Transferproblem“ – vgl. Keynes 1929) und die differenzierten *Wirkungen* der Transfers in Ost- und Westdeutschland.

Der absolute Umfang der Transfers (netto) beläuft sich auf etwa 80 Milliarden Euro jährlich. Das heißt, zwischen 1990 und 2005 sind circa 1.200.000.000.000 Euro an Transferzahlungen von West nach Ost geflossen.

Für die Analyse der hiervon ausgehenden Wirkungen ist die Unterscheidung zwischen *Real- und Finanztransfers* von ausschlaggebender Relevanz. Während erstere in Form von Güterströmen von West nach Ost insbesondere für die wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung sind, sichern letztere deren Realisierung auf dem Markt.

Konkret bedeutet dies, dass die westdeutsche Wirtschaft seit 1990 jährlich für mehr als 100 Milliarden Euro Verbrauchs- und Investitionsgüter in den Osten „exportiert“. Der Absatz dieser Güter auf den ostdeutschen Märkten ist möglich, indem die hierfür nötige Kaufkraft via Finanztransfers durch den Staat bereitgestellt wird. Dieser Prozess ist mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1.7.1990 in Gang gesetzt worden und hält bis heute an. Die westdeutsche Wirtschaft profitiert, ebenso die ostdeutschen Verbraucher. Verlierer ist dagegen die ostdeutsche Wirtschaft, da sie hierdurch Marktanteile, Umsätze, Gewinne und Produktionspotenzial einbüßt.

Mit den Transferleistungen vollzieht sich ein *ökonomischer Kreislaufprozess*, der für die westdeutsche Wirtschaft zusätzliches Wachstum, Arbeitsplätze, Einkommen, Gewinne und Investitionen impliziert, für die ostdeutsche Wirtschaft aber eine Abwärtsspirale bedeutet und für die öffentlichen Haushalte eine Dauerbelastung darstellt. Vordergründig betrachtet steigt durch die Transferzahlungen zwar das Lebensniveau im Osten. Da die eigene Produktion daran aber nur einen Anteil hat, wird die ökonomische und soziale Entwicklung Ostdeutschlands dadurch nicht nur befördert, sondern zugleich auch blockiert. Das heißt, *entwicklungspolitisch* betrachtet, bewirken die Transfers für die westdeutsche Wirtschaft einen permanenten konjunkturellen Impuls, für die ostdeutsche dagegen dauerhafte Stagnation.

Zugleich aber ist der Osten auf die Transferzahlungen angewiesen und muss sich daher jeder Kürzung derselben widersetzen. Bedingt durch die vom Konsum dominierte Struktur der Transfers reproduziert sich mit der Transferleistung immer zugleich der Transferbedarf, so dass der Kreislaufprozess andauert. Ein Ausbrechen aus diesem „Teufelskreis“ wäre dem Osten nur möglich, wenn er, gemessen am Verbrauch, *mehr* produzieren würde als der Westen und im Westen *mehr* Produkte absetzen würde als der Westen im Osten absetzt. Statt einer defizitären Handelsbilanz wäre also eine aktive Handelsbilanz vonnöten.

Dies ist jedoch nur bei wachsenden Märkten und ungedeckter Nachfrage denkbar. Unter den Bedingungen saturierter oder nur gering wachsender Märkte würde ein derartiges Vorgehen einem „Krieg“ um die Märkte gleichkommen, einem „Bürgerkrieg“ also, wie Klaus Noè meint, und scheidet daher als realistische Option aus. Als Transferökonomie und Filialwirtschaft sind die Entwicklungschancen Ostdeutschlands aber in einer globalisierten und wettbewerblich organisierten Ökonomie von vornherein äußerst begrenzt.

Ein „Mezzogiorno“-Szenario scheint als Entwicklungsperspektive mithin sehr viel wahrscheinlicher als die Aufhol- und Angleichungsperspektive der Bundesregierung(en) oder die auf die Mobilisierung endogener Potenziale setzenden alternativen Konzepte.

3. Das „Weiter-so-Szenario“ Perspektiven der ostdeutschen Entwicklung, wenn es zu keinem Trendbruch kommt

1. Umfang und Struktur der Transfers

Der Umfang der öffentlichen Nettofinanztransfers belief sich im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2005 auf 70 bis 85 Milliarden Euro. Der größte Teil dieser Mittel stellt *allgemeine*, gesetzlich geregelte Leistungen (Rente, Kindergeld, Wohngeld, ALG I und II usw.) dar. Um Sonderleistungen für Ostdeutschland handelt es sich „nur zu einem sehr geringen Teil“ (Lehmann et al 2005: 5). Der Umfang der ostspezifischen Transferleistungen dürfte jährlich bei circa 15 Milliarden Euro liegen, insgesamt also bei 200 bis 250 Milliarden Euro oder gut einem Fünftel der Gesamtleistungen.

Anhand statistischer Angaben des IWH lassen sich die Transfers sowohl aufkommens- als auch verwendungsseitig aufgliedern. Dabei wird deutlich, dass sie größtenteils vom Bund aufgebracht werden und vor allem der Sicherung des Lebensniveaus in Ostdeutschland dienen. Durch entsprechende Aussagen lässt sich die o.g. Einschätzung zur Entwicklungslogik des Transfermechanismus erhärten. Es lässt sich auch zeigen, dass eine Verstärkung des investiven Anteils an den Transfers nur möglich ist, wenn der Gesamtumfang der Leistungen erhöht wird. Umgekehrt folgt hieraus, dass die vorgesehene Zurückführung der Leistungen bis 2020 vor allem zu Lasten der Investitionen in Ostdeutschland gehen wird, was zu Folge hat, dass Ostdeutschland ökonomisch und sozial perspektivisch weiter zurückfällt.

Ein beachtlicher Teil der Transferleistungen, und mehr noch der investiven Transfers, ist Bestandteil des Solidarpakts II. Der Tatbestand der hohen Fehlverwendungsquoten dieser Mittel, geschuldet der drohenden Haushaltsnotlage der neuen Bundesländer (außer Sachsen), und die geplante Rückführung der Solidarpaktmittel ab 2009 wird die Verwendungsstruktur der Transfers „ungünstig“ beeinflussen, indem der entwicklungsfördernde Anteil deutlich sinken wird.

Mit einem Anteil von derzeit 27 Prozent an der Inlandsnachfrage sind die Transfers für Ostdeutschland von eminenter Bedeutung. Sie sichern den Ostdeutschen ein Lebensniveau rund 25 Prozent-Punkte über dem selbst erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt, garantieren die Arbeitsfähigkeit öffentlicher Institutionen trotz niedriger Steuereinnahmen und ermöglichen den weiteren Ausbau der Infrastruktur.

Für die wirtschaftliche Entwicklung gingen von den Transfers jedoch vergleichsweise wenig direkte positive Effekte aus, so dass der *Aufbau Ost* trotz der enormen Transferleistungen als gescheitert angesehen werden muss. Im Einzelnen sind die Ergebnisse aber *differenziert* zu werten: Sie stützen sowohl die These von der fragmentierten Entwicklung Ostdeutschlands (Land 2003) als auch die Einschätzung, die Transfers seien vor allem ein Konsumprogramm „zur sozialen Befriedung“ des Ostens (vgl. Bisky 2005). Hieran gemessen, haben die Transfers ihr Ziel zweifellos erreicht. Das kann aber nicht befriedigen, da der Zustand Ostdeutschlands, „am Tropf“ des Westens hängend, auf diese Weise nicht überwunden werden kann, sondern perpetuiert wird.

2. Arbeitslosigkeit.

Im Zentrum der Diskussion um die Probleme in Ostdeutschland steht die durchgängig hohe Arbeitslosigkeit, die sich auch nach dem Transformationsschock nicht nachhaltig verringerte, sondern seit 1996/97 weiter anstieg und regional eine Quote zwischen knapp unter 20 Prozent bis zu 30 Prozent erreicht. Rechnet man die Personen in Arbeitsmarktmaßnahmen und die stille Reserve hinzu, kann von einer Unterbeschäftigung von 30 bis zu regional 50 Prozent der Erwerbstätigen ausgegangen werden.

Damit einher geht eine Abnahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und eine Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung, die zumindest teilweise der Unterbeschäftigung zuzurechnen ist. „Während Minijobs erheblich zugenommen haben, nahm die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter deutlich ab. Ob und inwieweit sozialversicherungspflichtig Beschäftigte durch Minijobs verdrängt wurden, bleibt weiterer Forschung überlassen. Statistische Auswertungen zeigen, dass die Ausweitung geringfügig entlohnter Beschäftigung zum größeren Teil auf Betriebe mit Zuwächsen bei sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung entfällt.“ (BA 2004: 3)

Die Unterbeschäftigung differiert erheblich nach sozialen Gruppen (Frauen, Jugendliche) und Alterskohorten. Sie wird als das zentrale soziale Problem gesehen, das eine Reihe von direkten Folgeproblemen (geringe Einkommen, eingeschränkte Mobilität, eingeschränkte Partizipation an Bildung, Kultur und Mitbestimmung, Perspektivlosigkeit) und indirekten Folgen (Druck auf die Löhne der Beschäftigten, Finanzlage des Staates, der Sozialsysteme und der Kommunen) nach sich zieht. Zu den Folgen der Arbeitslosigkeit für die Betroffenen gibt es eine Vielzahl von einzelnen Untersuchungen aus der Zeit vor 2005 und einige erste über die Wirkungen der Arbeitsmarktreformen (Hartz-Gesetze).

Die Erosion der fordistischen Erwerbsarbeit und die Arbeitslosigkeit sind sicher der entscheidende Hinweis auf den Umbruch des fordistischen Wirtschafts- und Sozialmodells. Denn der Fordismus ist die typische, dominant auf abhängiger Beschäftigung beruhende *Erwerbsarbeitsgesellschaft*, und Arbeitslosigkeit bedeutet *Exklusion* aus der für diese Gesellschaft typischen Form der Vermittlung von Wirtschafts- und Lebensweisen. Auch die DDR war eine fordistische Erwerbsarbeitsgesellschaft in einer staatssozialistischen Variante und die Orientierung an der Erwerbsarbeit war noch stärker ausgeprägt als in Westdeutschland.

Die Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsquoten drücken aber zunächst nur die Nichtauslastung des Arbeitspotenzials aus, sie sind kein direkter Indikator der damit verbundenen sozialen Probleme. Eine Arbeitslosenquote von 20 Prozent kann für die erwerbstätige Bevölkerung sehr unterschiedliches bedeuten: Sind 20 Prozent der Erwerbstätigen ständig und anhaltend arbeitslos oder sind alle Erwerbstätigen 20 Prozent des Jahres arbeitslos und 80 Prozent beschäftigt? Wo zwischen diesen Extremen verläuft die tatsächliche Entwicklung?

Für die empirische Darstellung der mit der Erosion der Erwerbsarbeit verbundenen neuen sozialen Problemlagen ist daher – als erster Schritt – die Darstellung der Verteilung von Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit im Erwerbsverlauf der Individuen und die Verteilung innerhalb der Erwerbsbevölkerung entscheidend. Im zweiten Schritt wären die Kombination mit weiteren Problemen und Gefährdungen (Einkommen, Mobilität, Wohnen, Familie, Einbindung in soziale Netzwerke, Zugang zu Bildung und öffentlichen Dienstleistungen) einzu beziehen, die teilweise als direkte Folge, teilweise als zusätzliche Gefährdungen in Kombination mit Arbeitslosigkeit auftreten.

Laufende Untersuchungen sozialer Problemlagen in einer Region Mecklenburg-Vorpommerns ergeben in Kombination mit älteren, aus den Jahren 1995 bis 2000 stammenden Erhebungen über die Verteilung von Erwerbsarbeit, über Leistungsbezug (Lohnersatz) und Maßnahmen (Umschulungen, ABM, SAM) in etwa folgendes Bild (Alda u.a. 2004, Land 2004):

- Bei knapp der Hälfte der Ostdeutschen in abhängiger Beschäftigung finden sich Erwerbsverläufe, die dem klassischen fordistischen Muster zu entsprechen scheinen und kaum von Arbeitslosigkeit unterbrochen wurden (in Westdeutschland beträgt dieser Anteil noch etwa 60 bis 70 Prozent). Weitere zehn Prozent weisen in den Beschäftigungssequenzen kurze Unterbrechungen auf, die man als „Sucharbeitslosigkeit“ interpretieren kann. Zusammen mit den ununterbrochen Beschäftigten beträgt das Segment „quasi-fordistischer“ Erwerbsverläufe also knapp 60 Prozent (in Westdeutschland waren es im Jahr 2000 noch über 75 Prozent). Man kann davon ausgehen, dass diese Anteile in der jüngsten Vergangenheit parallel zum Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung tendenziell rückläufig sind. Natürlich bedeutet dieser Befund nicht, dass die Erwerbstätigen in solchen Erwerbssituationen von der Erosion der fordistischen Erwerbsarbeit überhaupt nicht betroffen wären. Auch hier ist davon auszugehen, dass es Wirkungen auf die Lohnentwicklung, auf die Arbeitsbedingungen und den Leistungsdruck gibt und zunehmende Risiken zu bewältigen sind.
- Auf der anderen Seite finden wir einen geringen Anteil von Personen, die länger als 18 Monate arbeitslos sind. Er liegt mit etwa sieben Prozent der SV-Erwerbstätigen im Osten zwar höher als in den westlichen Bundesländern, macht aber weniger als ein Viertel der stichtagsbezogenen Arbeitslosenquote aus.
- Deutlich größer ist der Anteil der Personen mit „unterbrochenen Erwerbsverläufen“. Unter „unterbrochenen Erwerbsverläufen“ verstehen wir kurzfristige Wechsel von Beschäftigung, Leistungsbezug und/oder Maßnahmen (Fortbildung, AMB, ABM). Dieser Anteil erreicht die Größenordnung von einem Drittel der Erwerbstätigen. Bei acht Prozent überwiegt die Beschäftigung, aber bei 26 Prozent aller Sozialversicherungspflichtigen überwiegen Leistungsbezug und Maßnahmen mit kurzfristiger Beschäftigung. Nimmt man die ununterbrochen Arbeitslosen dazu, dann ist rund ein Drittel der Erwerbstätigen während des beobachteten Erwerbsverlaufs von Leistungsbezug oder Maßnahmen abhängig. In der Altersgruppe über 50 Jahren liegt der Anteil zu Ungunsten der stabil Beschäftigten deutlich höher.
- In diesen Erwerbsverläufen findet sich bereits eine gewisse Art des Kombilohns, also eine Kombination von Arbeit und Transferbezug. Die Leistungsempfänger und Maßnahmeteilnehmer werden zur Flexibilisierungsressource der Wirtschaft und der öffentlichen Arbeitgeber. Für die Betroffenen ist diese subventionierte „Flexiarbeit“ allerdings keineswegs eine Erfolgsstory, wie empirische Untersuchungen in Mecklenburg-Vorpommern zeigen. Diejenigen, die überhaupt nicht beschäftigt sind, beziehen ein Einkommen von im Mittel 812 Euro; diejenigen, die geringe Beschäftigungsanteile haben, mit 950 Euro nur wenig mehr. Selbst bei überwiegenden Beschäftigungsanteilen erbringen unterbrochene Sequenzen nur 1.300 im Unterschied zu Einkommen in quasifordistischen Sequenzen mit 2.025 Euro monatlich. Der Rückgriff der Unternehmen auf diese Flexibilisierungsressource hat zu einer Annäherung der Löhne an das Niveau der ABM- und der Lohnersatzleistungen nach unten geführt.

Vergleichsuntersuchungen zeigen, dass diese Zahlen zwischen den ostdeutschen Arbeitsamtsregionen nur um wenige Prozent differieren, also auch in „guten“ wie „schlechten“ Regionen der quasifordistische Verlauf die größte Position darstellt und sich daneben der unterbrochene Erwerbsverlauf als fortlaufender Wechsel von Arbeit, Transferbezug und Teilnahme an Maßnahmen etabliert. Davon sind junge Erwachsene und über 50jährige – hier besonders die Frauen – überdurchschnittlich betroffen.

Diese Untersuchungen zeigen aus unserer Sicht, dass wir es nicht mit einer gleichmäßigen Erosion der Erwerbsarbeit zu tun haben und dass nur ein kleiner Teil der Erwerbslosen vollständig von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen ist. Vielmehr sieht es so aus, als bilde sich neben dem immer noch großen, tendenziell aber abnehmendem Anteil quasifordistischer Erwerbsverläufe eine neue Art „prekärer“ und fragmentierter Erwerbsbeteiligung heraus. Auch in Westdeutschland ist dieser Verlaufstyp in einer Größenordnung von etwa zehn Prozent zu beobachten.

Würde man den besonders in den vergangenen Jahren schnell wachsenden Sektor geringfügiger Beschäftigung¹⁵ – er ist in Westdeutschland noch etwas größer als in Ostdeutschland – ganz oder teilweise hinzurechnen, käme man zu dem Ergebnis, dass in Ostdeutschland fast 50 Prozent der Erwerbstätigen nicht mehr in fordistischen Erwerbssituationen agieren, in Westdeutschland vermutlich 30 bis 40 Prozent.

3. Gespaltene Arbeitsmärkte.

Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland haben wir es offensichtlich mit einer Tendenz zur Spaltung der Erwerbsarbeitsgesellschaft zu tun, die sich auch an der Entwicklung der Beschäftigungssysteme und der Arbeitsmärkte darstellen lässt.

Die Situation in Ostdeutschland war bis Ende der 90er Jahre stark durch eine Abschottung der betrieblichen Beschäftigungssysteme nach außen gekennzeichnet. Nach dem Transformationschock dominierte der Kampf um das Überleben in einem von Deindustrialisierung bestimmten Kontext. So bildeten sich „Überlebensgemeinschaften“ mit altershomogenen Belegschaften: die älteren gingen in den Vorruhestand, jüngere Arbeitnehmer mussten die Betriebe als erste verlassen, Nachwuchs wurde in Zeiten des Beschäftigungsabbaus kaum rekrutiert. Die Betriebe schotteten sich von externen Arbeitsmärkten ab.

Damit war eine Tendenz verbunden, zusätzlichen temporären Arbeitskräftebedarf zunächst durch „Randbelegschaften“ mit befristeter, oft auch geförderter Beschäftigung zu schlechten Konditionen zu decken und kaum neue „Normalarbeitsverhältnisse“ zu schaffen.

An den betrieblichen Rändern findet sich also der eine Teil der prekären Beschäftigungsverhältnisse. Der andere Teil häuft sich in bestimmten Branchen, vor allem im Dienstleistungsgewerbe, am Bau und im Tourismus, bei den Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen. Ein vergleichsweise großer Teil der Selbstständigen ist den prekären Formen der Erwerbsarbeit zuzurechnen.

¹⁵ „Die Entwicklung bei den Minijobs war seit Einführung der neuen Regelungen im April 2003 sehr dynamisch. ... Danach hat die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten von März 2003 bis März 2004 um 523.100 oder 12,6 Prozent auf 4.658.900 zugenommen. Bis Juni 2004 gab es einen weiteren Zuwachs auf 4,84 Mio.“ BA (2004: 3)

4. Qualität und Bedingungen der Arbeit in Betrieben.

Analog zur Tendenz der Spaltung der Beschäftigungssysteme wird über eine zunehmende Differenzierung der Arbeitsbedingungen und der Qualität der Arbeit berichtet, die sowohl zwischen verschiedenen Betrieben als auch innerhalb der Belegschaften beobachtet werden kann. Allerdings gibt es dazu deutlich weniger Untersuchungen und gesicherte Befunde.

Die Lage am Arbeitsmarkt, der Druck auf ostdeutsche Unternehmer, aber auch der Versuch, Extraprofit durch verstärkte Ausbeutung der Beschäftigten zu erlangen, führt zu einer Verschlechterung nicht nur der Beschäftigungsverhältnisse, sondern auch der Arbeit und der Arbeitsbedingungen in einem Teil der Betriebe, wobei hier wieder bestimmte Teile des Dienstleistungsbereichs besonders häufig genannt werden. In diesem Zusammenhang wird immer wieder auf die große Zahl unbezahlter Überstunden verwiesen.

Auch Untersuchungen über das Mobilitätsverhalten in Ostdeutschland (Dienel 2004) zeigen, dass schlechte Arbeitsbedingungen, schlechte Bezahlung, Unzufriedenheit mit dem Betriebsklima und den betrieblichen Aufstiegsmöglichkeiten häufig als Gründe für die Abwanderung von qualifizierten Personen genannt werden. Dem stehen zunehmend erfolgreiche Betriebe gegenüber, die eine langfristig angelegte Entwicklungsstrategie verfolgen, zu der immer auch eine Strategie der langfristigen Einbindung und Qualifikation der Belegschaft gehört (Behr 2005).

Während die fordistischen Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsformen in der Wirtschaft wie in den Verwaltungen noch dominieren, in der Anzahl aber abnehmen und weiter unter Druck stehen (Rationalisierung, Beschäftigungsabbau, Schrumpfung), entstehen neue flexible Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsformen. Die Untersuchung der unterbrochenen Erwerbsverläufe und der damit verbundenen Einkommenssituation als auch die Hinweise auf die Qualität und die Bedingungen der Arbeit zeigen, dass die neuen Arbeitsformen und flexiblen Beschäftigungssysteme bislang fast immer mit schlechteren Löhnen, schlechteren Arbeitsbedingungen, höheren Kosten (Mobilität, Zeitaufwand) und höheren Risiken verknüpft sind.

Kann man im Rückgang des fordistischen Typs der Erwerbsarbeit und in der Zunahme neuer Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsformen den Übergang zu einem neuen „postfordistischen“ Typ der Erwerbsarbeit erkennen? Bislang würden wir diese Entwicklung eher als noch „gebremste“ Auflösung und Fragmentierung des fordistischen Arbeitstyps deuten. Das Bild der neu entstehenden Arbeitsformen ist diffus und unscharf und kann daher aus unserer Sicht nicht als Entstehung eines neuen funktionsfähigen Typs von Erwerbsarbeit interpretiert werden – eher als Übergangsform mit unklaren Perspektiven. Eine gesellschaftliche Antwort auf die Frage, wie in den neuen Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitsformen soziale Sicherheit und Teilhabe praktisch aussehen könnten, steht noch aus.

5. Einkommen, Einkommensentwicklung

Die wichtigsten Befunde lauten: Die Realeinkommen, insbesondere die Löhne und Gehälter, stagnieren seit Ende der 90er Jahre, der Anteil von Einkommen, die zum Lebensunterhalt nicht ausreichen, wächst, und die Einkommensverteilung verschiebt sich zu Lasten der mittleren Einkommen, d.h. der Anteil niedriger Einkommen und hoher beziehungsweise sehr hoher Einkommen nimmt zu. Auch dieses Nebeneinander von Einkommenssteigerungen und Ein-

kommenssenkungen bei Stagnation des Ganzen widerspricht dem „fordistischen Fahrstuhleffekt“ (alle wachsen bei Erhalt der Abstände).

Hinsichtlich der Einkommensentwicklung wird allgemein festgestellt, dass nach einer schnellen Steigerung der Löhne und Gehälter und einer entsprechenden Entwicklung der Transfereinkommen (einschließlich der Lohnersatzleistungen und der Einkommen für Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik) seit mehr als fünf Jahren eine Stagnation festzustellen ist. Während die Realeinkommen in West- und Ostdeutschland weitgehend stagnierten (Zuwachs der Nominaleinkommen glich fast nur die Inflationsrate aus), verringerte sich die Einkommensdifferenz zwischen Ost- und Westdeutschland nicht mehr, der Abstand wird bei den Nettoeinkommen seit 1998 sogar wieder etwas größer.

Ein wichtiger Aspekt ist die Entwicklung der Erwerbseinkommen in unteren Bereich inklusive geringfügiger Beschäftigung. Es gibt Hinweise darauf, dass ein wachsender Anteil von Erwerbstätigen inzwischen Löhne unterhalb des Existenzminimums bezieht, die durch ALG II aufgestockt werden müssen. Zudem dürfte der Anteil derjenigen zunehmen, deren Einkommen trotz arbeitgeberbezogener Zuschüsse nur unwesentlich über dem ALG II liegt. Erwerbsarbeit, teilweise auch in Vollzeit, vor allem aber saisonalen Schwankungen unterworfen oder mit hohen Pendlerkosten verbundene Erwerbsarbeit sichert so für einen Teil der Erwerbstätigen nicht mehr den Lebensunterhalt. Dies dürfte auch für einen Teil der Selbständigen zutreffen.

Für die Stagnation der realen Haushaltseinkommen ist nicht nur das hinter der Inflationsrate zurückbleibende Wachstum der Löhne und Gehälter ausschlaggebend, sondern auch die tendenzielle Reduzierung der Transfereinkommen, der Lohnersatzleistungen (wegen verringerter Ansprüche) und die reduzierten Zahlungen für Maßnahmeteilnehmer. Bei ABM und SAM wurden die Zahlungen von zunächst 100 Prozent des Tariflohnes bei Einführung dieser Maßnahmen Ende der 90er Jahre auf 80 Prozent des ortsüblichen Lohnniveaus verringert. Die tatsächlich gezahlten Leistungen lagen oft nur noch knapp über den Lohnersatzleistungen. Zudem wurden die Konditionen beispielsweise bei ABM so verändert, dass kein neuer Anspruch auf Arbeitslosengeld mehr erworben wurde. Mit dem Übergang zum ALG II und der Umstellung der Maßnahmen auf Mehraufwandsentschädigungen (MAE) ist eine weitere Absenkung der Zahlungsansprüche verbunden.

6. Entwicklung der Altersrenten.

In den vergangenen 15 Jahren lagen die gesetzlichen Renten der Ostdeutschen wegen der kontinuierlichen Erwerbsverläufe in den Jahren vor 1989 und den vergleichsweise günstigen Vorruhestandsbedingungen tendenziell über denen der westdeutschen Altersrenten. Andere Formen der Alterssicherung (Betriebsrenten, private Rentenversicherung und Vermögen) spielten dagegen in Ostdeutschland fast keine Rolle.

Bei den Erwerbstätigen, die in den kommenden Jahren ins Rentenalter eintreten, wird sich die Lage deutlich verschlechtern. Viele „Neurentner“ haben in den Jahren nach 1990 im Verhältnis zum Durchschnittslohn nur geringe oder gar keine Beiträge eingezahlt, weil sie arbeitslos waren oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen nur wenig verdient haben. Es ist also damit zu rechnen, dass die Einkünfte aus der gesetzlichen Altersrente deutlich unter die westdeutschen fallen und ein zunehmender Teil der Altersrentner auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sein wird. Das Problem der Altersarmut, das bislang nur eine geringe Rolle spielte, wird zu einem gravierenden sozialen Problem in Ostdeutschland werden.

7. Probleme der Integration der nachwachsenden Generation.

In einer Reihe von Untersuchungen, besonders zur Sozialhilfe, wird von besonderen Problemen der Kinder und Jugendlichen berichtet. Hier setzt sich aber nicht nur die Problemlage derjenigen Eltern fort, die mit Arbeitslosigkeit konfrontiert und auf Transferleistungen angewiesen sind. Für die nachwachsenden Generationen entsteht eine zusätzliche Problemlage, die unter der Überschrift „demographische Falle“ vom Zentrum für Sozialforschung Halle in die Diskussion eingebracht wurde. (Lutz u.a. 2000: 34ff)

Noch etwa bis zum Jahr 2012 ist der Arbeitsmarktzugang besonders an der zweiten Schwelle (Berufseinstieg) für die geburtenstarken Altersjahrgänge der bis 1989 Geborenen erschwert, weil deutlich mehr junge Erwachsene ins Erwerbsleben eintreten als Arbeitsplätze durch Berentung frei werden. Michael Behr spricht in diesem Zusammenhang von einer „blockierten Generation“ (Behr, Workshop Generationen, 2005, noch unveröffentlicht). Diese Situation bedeutet, dass trotz der beträchtlichen Abwanderung von jungen Erwachsenen rechnerisch ein Drittel der nachwachsenden Jugendlichen keine Chance auf einen normalen Einstieg ins Erwerbsleben hat, sondern zwischen Arbeitslosigkeit (meist ALG II) und Maßnahmen (meist dreimonatigen Ein-Euro-Jobs, MAE) wechselt und keine langfristig orientierte berufliche Perspektive entwickeln kann.

Rein rechnerisch wird sich das Verhältnis von eintrittswilligen jungen Menschen und vor der Verrentung stehenden älteren Arbeitnehmern nach 2012 umkehren (Wiener 2003: 6). Die Zahl der Rentenabgänge wächst, während die Zahl der Arbeitsmarkteintritte der nachwachsenden Kohorten sich um bis zu 50 Prozent reduziert. Die Zahl der frei werdenden Arbeitsplätze wird dann etwa das Doppelte der nachwachsenden Jugendlichen betragen.

Literatur

- AG Alternative Wirtschaftspolitik (2004): Gegen die Zwangsperspektive des ostdeutschen Zurückbleibens – für forcierte Mobilisierung endogener Entwicklungspotenziale Ost. www.memo.uni-bremen.de
- AG Alternative Wirtschaftspolitik (2006): Memorandum 2006, Kapitel Ostdeutschland, Köln
- Alda, Holger (2005): Prekäre Erwerbsbeteiligung in Nordrhein-Westfalen. Kombinierte Quer- und Längsschnittanalysen mit integrierten Erwerbsbiographien. (unveröffentlicht)
- Alda, Holger, Friedrich Hauss, Rainer Land, Andreas Willisch (2004): Erwerbsverläufe und sekundärer Integrationsmodus. In: Berliner Debatte Initial 15 (2004) 2, S. 70ff.
- Audretsch, David B.; Cooke, Phil (2001): Die Entwicklung regionaler Biotechnologie-Cluster in den USA und Großbritannien. Arbeitsbericht, Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg, Nr. 107 / Juni 2001.
- BA (2004): Mini- und Midijobs in Deutschland. Dezember 2004 Sonderbericht der Bundesagentur für Arbeit, Dezember 2004
- BA (2006): Monatsbericht Februar 2006 der Bundesagentur für Arbeit.
- Bahrman, Hannes; Links, Christoph (Hg.) (2005): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – eine Zwischenbilanz. Ch.Links Berlin
- Bartelheimer, Peter (2005): Moderne Dienstleistungen und Erwerbsfürsorge. Fallbearbeitung nach SGB II als Gegenstand soziologischer Forschung. Moderne Dienstleistungen. SOFI-Mitteilungen Nr. 33
- Barthelt, H.; Glücker, J.: Netzwerke, Lernen und evolutionäre Regionalentwicklung. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Jg. 44 (2000), Heft 3/4, S. 167
- Beck, Grit (2004): Wandern gegen den Strom: West-Ost-Migration in Deutschland. In: Grit Beck Frank Swiaczny und Sonja Haug (Hrsg.): Bevölkerungsgeographische Forschung zur Migration und Integration. Vorträge gehalten auf der 5. Tagung des Arbeitskreises Migration – Integration – Minderheiten der Deutschen. Gesellschaft für Demographie (DGD) in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Bevölkerungsgeographie der Deutschen Gesellschaft für Geographie in Bern am 2. Oktober 2003. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt . 65180 Wiesbaden. Heft 112, 2004
- Beck, Stefan; Bisevic, Andre; Buss, Klaus-Peter; Scherrer, Christoph; Wittke, Volker (2006): Die ostdeutsche Industrie auf eigenen Pfaden? Endbericht zum Projekt „Die ostdeutsche Industrie in der Globalisierung. Wie können dauerhafte Entwicklungspfade unter widrigen Bedingungen aussehen?“, Hans-Böckler-Stiftung, Otto-Brenner-Stiftung, Göttingen, Kassel 2006 (unveröffentlicht)
- Behr, Michael; Schmidt, Rudi (Hg. 2005): Aufbau Ost – Betriebliche und überbetriebliche Erfolgsfaktoren im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands. Projektbericht und Workshopdokumentation. In: Jenaer Beiträge zur Soziologie, Heft 16 (2005)
- Belitz, H., Edler, D.(1998): Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden. Sonderheft. 164, DIW 1998
- Berichterstattung (2005): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Erster Bericht. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Bernt, Matthias (2005): Stadtumbau im Gefangenendilemma, In: Weiske, Christine/ Kabisch, Sigrun/ Hanne mann, Christine (Hg.): Kommunikative Steuerung des Stadtumbaus. Interessengegensätze, temporäre Koalitionen und Entscheidungsstrukturen in schrumpfenden Städten, Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften, S.109-131
- Bernt, Matthias (2005): „Da kommst Du einfach nicht ran.“ – Plan und Wirklichkeit beim Stadtumbau in Leipzig-Grünau In Berliner Debatte Initial Heft 16(2005)6
- Bisky, J. (2005): Die deutsche Frage. Warum die Einheit unser Land gefährdet, Berlin
- Bleicher, A. (o.J.): Unternehmen in Brandenburg: Zwischen anhaltenden Strukturschwächen und Potenzialen regionaler Vernetzung. In: Forum der Forschung – BTU Cottbus Heft 12
- Bluhm, K.(1999): Zwischen Markt und Politik. Probleme und Praxis von Unternehmenskooperation in der Transitionsökonomie, Opladen
- Bofinger, Peter (2005): Wir sind besser als wir denken. Wohlstand für alle. München, Pearson
- Brandstetter, Benne; Lang, Tilo; Pfeifer, Anne (2005): Umgang mit der schrumpfenden Stadt – ein Debattenüberblick. In Berliner Debatte Initial 16(2005)6
- Bruch-Krumbein, W.; Hochmuth E.: Cluster und Clusterpolitik (2000). Begriffliche Grundlagen und empirische Fallbeispiele aus Ostdeutschland. Marburg 2000
- Brussig, M.; Dreher, C. (2005): Wie erfolgreich sind Kooperationen? In: WSI-Mitteilungen, Heft 9 2001.
- Brussig, Martin, Erlinghagen, Marcel (2005): Entlassungen und Kündigungen in den neuen Bundesländern. In: Berliner Debatte Initial H. 2005-2, S. 76-92
- Bullerjahn, J. (2006): Die Kräfte bündeln. Zukunftsorientierte Politik für den Aufbau der neuen Länder. Diskussionspapier für das Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie, Magdeburg

- Bundesregierung (1999ff.): Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit, Berlin
- Burda, M./Busch, U. (2001): West-Ost-Transfers im Gefolge der deutschen Vereinigung, in: Konjunkturpolitik, 47 (2001) Heft 1, S. 1-38
- Busch, U. (1998): Sieben fette Jahre? Kritische Bemerkungen zu Charakter und Umfang der Transfers, in: Berliner Debatte INITIAL, 9 (1998) 2/3, S. 89-103.
- Busch, U. (2000): Transfer West-Ost und Ost-West: Wer machte das große Geschäft?, in: F. Vilmar (Hrsg.), Zehn Jahre Vereinigungspolitik, Berlin 2000-2002, S. 161-192
- Busch, U. (2002a): Am Tropf – Die ostdeutsche Transfergesellschaft, Berlin
- Busch, U. (2002b): Mezzogiorno Ost! Na und?, in: Berliner Debatte Initial, 13 (2002) 5/6, S. 144-156.
- Busch, U. (2004): Abstieg West durch Aufbau Ost?, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 135, 34 (2004) 2, S. 321-329.
- Busch, U. (2005a): Aufbau Ost – Bilanz und Perspektiven, in: Berliner Debatte INITIAL, 16 (2005)1, S. 79-90
- Busch, U. (2005b): Die Währungsunion. Politische Weichenstellung für einen ökonomischen Fehlstart, in: H. Bahrman/Ch. Links (Hrsg.): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz, Berlin, S. 75-92
- Busch, U. (2005c): Preise und Einkommen in Ostdeutschland, in: Berliner Debatte INITIAL, 16 (2005)5, S. 73-92
- Busch, Ulrich (2005d): Aufbau Ost – Bilanz und Perspektiven. In Berliner Debatte Initial, Heft 2005-1 S. 79ff
- Buss, Klaus-Peter; Wittke, Volker (2001): Varieties of German Capitalism, SOFI-Mitteilungen Nr. 33, Göttingen
- Dehne, Peter; Hannemann, Christine: Kleine Stadt, was tun? Zukunftschancen von kleinen Städten im Peripherieraum Nordostdeutschlands. (erscheint 2006)
- Deutsche Bank Research (2004): Perspektiven Ostdeutschlands – 15 Jahre danach, Aktuelle Themen Nr. 306
- Deutsche Bundesbank (1996): Zur Diskussion über die öffentlichen Transfers im Gefolge der Wiedervereinigung, in: Monatsberichte 48 (1996) 10, S. 17-32
- Dienel, Christiane; Gerloff, Antje; Leske, Loreen u.a. (2004): Zukunftschancen junger Frauen in Sachsen-Anhalt. Wie kann durch Umsteuerung von Fördermitteln das Querschnittziel Chancengleichheit besser verwirklicht werden? - Zukunftschancen junger Familien in Sachsen-Anhalt; Abschlussbericht 30.11.2004; <http://www.sgw.hs-magdeburg.de/menschen/berichte2005/abschlussbericht.pdf>
- Dietrich, V. et al. (1998): Wechselbeziehungen zwischen Transfers, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern. Abschlußbericht, IWH SH 1/98, Halle
- Dirk Konietzka, Peter Sopp (2004): Gespaltener Arbeitsmarkt – ausgeschlossene Individuen? In: Berliner Debatte Initial 2004-2, S. 34ff
- Engler, Brigitte; Lohr, Karin (2005): Einkommensstruktur und –entwicklung der Bevölkerung in der Region Berlin und Brandenburg. Abschlussbericht. Hans-Böckler-Stiftung, Projektnummer: 2003-509-4, Juli 2005
- Engler, Wolfgang (1999): Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land. Berlin: Aufbau
- Engler, Wolfgang (2000): Die Ostdeutschen. Berlin: Aufbau
- Engler, Wolfgang (2002): Die Ostdeutschen als Avantgarde. Berlin: Aufbau Verlag
- Flassbeck, H. (1995): Die deutsche Vereinigung – ein Transferproblem, in: DIW, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 64 (1995) 3, S. 404-413
- Flassbeck, Heiner (2005): Nicht-kursive Antworten auf kursive grüne Fragen. Ein Thesenpapier zu ökologischen Fragen bei einer Konferenz der Grünen in Berlin. http://www.flassbeck.de/pdf/2005/20.03.2005/GRNE_WAC.pdf
- Flassbeck, Heiner; Spiecker, Friedrike (2001): Lohnstruktur und Beschäftigung. Arbeitshefte Nr. 23, Otto Brenner Stiftung, Berlin 2001
- Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V. (2005): Wo liegen die Entwicklungspotenziale des Ostens? Dokumentation der Anhörungen „Gesprächskreis Wissenschaft und Politik“, Berlin
- Franz, Peter (2004): Schrumpfende Städte – Schrumpfende Wirtschaft? Der Fall Ostdeutschland. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften 43(2004)1: 33
- Hannemann, Christine; (2004): Von der sozialistischen zur schrumpfenden Stadt: Konsequenzen für Stadtpolitik und öffentlichen Raum, In: Nagler, Heinz et.al (Hg.): Der öffentliche Raum in Zeiten der Schrumpfung, Berlin: Leue Verlag, S.118-128
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1985): Die Chancen des Schrumpfens. Plädoyer für einen andere Großstadtpolitik. In: Die Zeit Nr. 13, 22. März 1985: 33
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (2004): Schrumpfende Städte - schrumpfende Phantasie, In: Merkur, 58. Jg. Heft 664 (August 2004), S. 682-692
- Heilemann, U./Rappen, H. (2000): „Aufbau Ost“ – Zwischenbilanz und Perspektiven, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 45 (2000), S. 9-40
- Hilpert, Ulrich, Jakszentis, Anja (2005): Regionale Entwicklungsunterschiede in Ostdeutschland im Vergleich. Otto Brenner Stiftung Frankfurt/Main
- Horn, Gustav A. (2005): Sparwut + Sozialabbau. Die deutsche Krankheit. München, Hanser.

- Hunger, Bernd (2003): Stadtbau Ost. Herausforderungen für Städtebau und Wohnungs
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle IWH (2004): Forschungsprojekt „Innovative Kompetenzfelder, Produktionsnetzwerke und Branchenschwerpunkte der ostdeutschen Wirtschaft“ im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Projektleiter Prof. Dr. Martin Rosenfeld, Endbericht Halle 2004, http://www.iwh-halle.de/projects/bbr/BBR_endbericht.pdf
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle IWH (2005): Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2005. In: Wirtschaft im Wandel Sonderausgabe 1/2005. IWH Halle 2005
- Jakszentsis, Anja/Hilpert, Ulrich (2005): Regionale Entwicklungsunterschiede in Ostdeutschland im Vergleich, Arbeitsheft der OBS, Nr. 42, Frankfurt am Main
- Keynes, J. M. (1929): The German transfer problem, in: The Economic Journal XXXIX (135), pp. 1-7
- Kil, Wolfgang (2004): Luxus der Leere. Vom schwierigen Rückzug aus der Wachstumswelt. Eine Streitschrift. Müller und Busmann, Wuppertal 2004
- Kil, Wolfgang (2002): „Freies Feld von Bittelfeld bis Böhlen...“. In: Berliner Debatte Initial Heft 2002-2
- Köhler, Ch.; Struck, O.; Bultemeier, A.; Grotheer, M.; Schröder, T.; Schwiderrek, F. (2004) Beschäftigungsstabilität und betriebliche Beschäftigungssysteme in West- und Ostdeutschland. FSU Jena
- Kollmorgen, Raj (2005): Ostdeutschland. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Kowalski, Reinhold (2004a): Die Industrie in Ostdeutschland – Eigenarten und Innovationsfähigkeit. In: Beiträge zur Wirtschaftspolitik 2/2004
- Kowalski, Reinhold (2004b): Dauerhafte Industrielücke in Ostdeutschland – Ergebnis neoliberaler Wirtschaftspolitik. Beiträge zur Wirtschaftspolitik 1/2004
- Kowalski, Reinhold (2006): Filialwirtschaft Ostdeutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2, S. 239-241
- Krätke, Stefan; Scheuplein, Christoph (2001): Produktionscluster in Ostdeutschland. Methoden der Identifizierung und Analyse. VSA-Verlag Hamburg 2001
- Krönert, Steffen; van Olst, Nienke; Klingholz, Reiner: Deutschland 2020. Die demographische Zukunft der nation. Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2006. www.berlin-institut.org
- Kühn, Hagen (2004): Demographischer Wandel und demographischer Schwindel. Zur Debatte um die gesetzliche Krankenversicherung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2004 Heft 6
- Land, Rainer (2000): Von der LPG zur Agrar-Fabrik. Ein Literaturbericht. In: Berliner Debatte Initial, Heft 5/6
- Land, Rainer (2003): Ostdeutschland – fragmentierte Entwicklung, in: Berliner Debatte 14 (2003) 6, S. 76-95
- Land, Rainer (2004): Der sekundäre Integrationsmodus. Vortrag auf dem 32. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. www.thuenen-institut.de
- Land, Rainer (2005): Die neue Landwirtschaft und die Dörfer. Vortrag. www.thuenen-institut.de
- Land, Rainer (2005): Paradigmenwechsel in der Ostdeutschlandforschung. Dokumentation des Einleitungsbeitrags auf dem Workshop am 8. April 2005 in Berlin. In Berliner Debatte Initial Heft 2/2005
- Land, Rainer; Willisch, Andreas (2005): Ostdeutschland – ein Umbruchszenario. In: Bahrmann, Links (Hg.) (2005). S. 11-33
- Lang, Thilo/ Tenz, Eric (2003): Von der schrumpfenden Stadt zur Lean City. Prozesse und Auswirkungen der Stadtschrumpfung in Ostdeutschland und deren Bewältigung. Dortmund: Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur
- Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2005. http://www.sozialpolitik-aktuell.de/berichte_einkommen.shtml
- Lehmann, H., Ludwig, U., Ragnitz, J. (2005): Transferleistungen und Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland, IWH, Halle
- Lichtblau, K. (1995): Von der Transfer- in die Marktwirtschaft, Köln
- Lüthje, Boy (2004): Kehrt der Fordismus zurück? Globale Produktionsnetze und Industriearbeit in der „New Economy“. In Berliner Debatte Initial, H. 1
- Lutz, Burkart; Grünert, Holle, Steiner, Christine (Hrsg. 2000): Bildung und Beschäftigung in Ostdeutschland. Band 1. Forschungsergebnisse aus dem ZSH. Berlin: Berliner Debatte
- Lutz, Burkart; Grünert, Holle, Steiner, Christine (Hrsg. 2004): Jugend – Ausbildung – Arbeit. Bildung und Beschäftigung in Ostdeutschland. Band 2. Forschungsergebnisse aus dem ZSH. Berlin: GSFP (Berliner Debatte)
- Müller, Albrecht (2004): Die Reformlüge. München, Droemer
- Müller, C./Busch, U. (2006): The new German Transfer problem, in: Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften, 56 (2005) 3, Göttingen, S. 307-326
- Myrdal, G. (1957): Economic Theory and Underdevelopment Regions, London
- Prieue, J. (2004): Die Wirtschaft in Ostdeutschland und ihre Perspektiven, DGB, Wipo-Schnelldienst, 7
- Prieue, Jan u.a.: Ostdeutschland 2010 – Perspektiven der Investitionstätigkeit. Edition der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2002
- Ragnitz, J. (2005): Zur Diskussion um den Produktivitätsrückstand Ostdeutschlands. IWH, März 2005, Internetpublikation, www.iwh-halle.de

- Ragnitz, J./Dreger, C./Komar, W./Müller, G. (2000): Simulationsrechnungen zu den Auswirkungen einer Kürzung von Transferleistungen für die neuen Bundesländer, in: IWH SH 2, Halle
- Ragnitz, J.: Warum ist die Produktivität ostdeutscher Unternehmen so gering? In: Konjunkturpolitik, Heft 3 (1999)
- Reißig, Rolf (2000): Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft, Berlin
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2004): Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland. Jahresgutachten 2004/05, Stuttgart
- Schäfer Claus :Weiter in der Verteilungsfalle – Die Entwicklung der Einkommensverteilung in 2004 und davor. In: WSI-Mitteilungen 11/2005
- Schröer, Achim (2003): Geordneter Rückzug oder less is more? : Ostdeutschland als Laboratorium für eine alternative Urbanität. In: Vorgänge, H.42, S.41-50.
- Schumpeter, Joseph A. (1912): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Leipzig: Duncker & Humblot 1912
- Schumpeter, Joseph A. (1931): Dauerkrise? Artikel in: Der deutsche Volkswirt 25.12.1931. Zitiert nach: Ders.: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1985, S. 202
- Schumpeter, Joseph A. (1932a): Weltkrise und Finanzpolitik. Artikel in: Der deutsche Volkswirt 4.3.1932. Zitiert nach: Ders.: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1985, S. 143
- Schumpeter, Joseph A. (1932b): Kreditpolitische Krisentherapie in Amerika. In: Der deutsche Volkswirt 22.7.1932. Zitiert nach: Ders.: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1985, S. 210
- Schumpeter, Joseph A. (1939): Business Cycles. Deutsch: Konjunkturzyklen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1961
- Seitz, H.: Demographischer Wandel und Infrastrukturaufbau in Berlin-Brandenburg bis 2010/2015: Herausforderungen. In: Arbeitsbericht 168. Europa-Universität Frankfurt/Oder, März 2001
- SOFI (2005): Geschäftsmodelle und Innovationsstrategien in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie. Präsentation auf dem Workshop „Innovationsstrategien im ostdeutschen Mittelstand“. Zwischenergebnisse aus einem laufenden Forschungsprojekt. Saalfeld, 16.11.2005
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. http://www.destatis.de/download/d/datenreport/2_18gesch.pdf
- Vesper, D. (2004): Länder- und Kommunalhaushalte in Ostdeutschland: Trotz Konsolidierungsbemühungen hohe Finanzierungsdefizite, in: DIW Wochenbericht 26, S. 373-381
- Weiske, Christine (2005): Schön reden. „Schrumpfung“ im Medium der Kommunikation. In: Weiske, Christine; Kabisch, Sigrun; Hannemann, Christine (Hrsg.): Kommunikative Steuerung des Stadtumbaus. Interessengegensätze, Koalitionen und Entscheidungsstrukturen in schrumpfenden Städten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 59-75.
- Wiekert, Ingo (Hg. 2005): Zehn aus Achtzig Burkart Lutz zum 80. Forschungsergebnisse aus dem zsh. Berlin: GSPF
- Wiener, Bettina (2003): Entwicklung des Fachkräftebedarfs in KMU – Perspektiven für Jugendliche. In: LASA Arbeit für die Jugend. Ansätze zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern. Fachtagung am 8. und 9. Juli 2003. Potsdam, S. 47-58
- Willisch, Andreas (2004): Defizitträger und Paradoxiegefangene. Lebenskonstruktionen von Überflüssigen in deindustrialisierten ländlichen Krisenregionen. Ad-hoc-Gruppe: „Prekäre Inklusion und Normalitätsfiktionen in peripheren Regionen“ auf dem Kongress für Soziologie 2004 in München. www.thuenen-institut.de
- Wittke, Volker (1995): Wandel des deutschen Produktionsmodells: Beschleunigen oder Umsteuern? In: SOFI (1995): Im Zeichen des Umbruchs. Beiträge zu einer anderen Standortdebatte. Opladen: Leske und Budrich